

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 12 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Vorsitz: Dandke)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz., 40 Pf., Familienanz., 25 Pf.
Vereinsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4720.

Nr. 51/52.

Berlin, Sonnabend, 13. Oktober 1917.

Neunundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Unzufriedenheit in der englischen Arbeiterchaft und Abhilfsmittel. — Partei und Gewerkschaften. — Bäuerlicher Erzeugergenossenschaften und ländliche Verbundgenossenschaften. — Allgemeine Rundschau. — Antiklerikal. — Aus dem Verbands. — Literatur.

Unzufriedenheit in der englischen Arbeiterchaft und Abhilfsmittel.

Die starke Mißstimmung, von der die Arbeiterchaft Englands ergriffen ist, hat vielfach zu inneren Unruhen geführt. Zur Ergründung der Ursachen und zu Vorschlägen zur Beichtigung der Unzufriedenheit hat man aus Unternehmern und Arbeitern bestehende Ausschüsse eingesetzt, aus deren Beratungsergebnissen ein zusammenfassender Bericht gefertigt und kürzlich veröffentlicht worden ist. Danach befinden sich die Ausschüsse durchaus in Uebereinstimmung über die Hauptursachen der gewerblichen Unruhen. Im Vordergrund steht die Steigerung der Kosten der Lebenshaltung, die stärker ist als die Erhöhung der Löhne, ferner der Unwille über die Ungleichheit in der Verteilung der Lebensmittel. Weitere ernste Gründe der Unzufriedenheit sind in den Beschränkungen, die das Munitionsgesetz den Arbeitern auferlegt, begründet, insbesondere macht sich die Einschränkung der Freiheit in der Wahl der Beschäftigungsart fühlbar; auch wird Klage geführt darüber, daß die Arbeiter oft keine ihren Leistungen entsprechende Entlohnung zu erlangen vermögen; die Löhne der gelehrten Arbeiter seien vielfach geringer als die der ungelehrten. Mit der Aufhebung der Abschleppschneide würde die Hauptursache des hieraus entstehenden Unwillens aufhören. Es besteht vor allem Mißtrauen gegenüber der Regierung bezüglich der versprochenen Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Gebräuche. Verärgert wird dieses Gefühl durch das Fehlen einer Beitimmung über Verzeigung vorgenommener Änderungen gewisser Arbeitsbedingungen im Munitionsgesetz. Es wird darauf hingewiesen, daß Änderungen der Arbeitsbedingungen, vor allem bezüglich der Einführung weiblicher Arbeit, ohne vorherige Befragung der Arbeiterchaft vorgenommen worden sind. Ferner wird angeführt, daß die Regelung gewerblicher Streitfälle hinausgeschoben worden sei. Die Erwägung mancher Beschwerden wurde 10 Wochen hinausgeschoben, während sie nach Streikausbruch in wenigen Tagen Erledigung fanden. Klage wird ferner über die Handhabung der Wehrpflichtgesetz geführt. Besorgnis erregt insbesondere die Einrichtung der Liste über die Berufe von nationaler Wichtigkeit und die Ausführung der Bestimmungen durch die örtlichen Beamten.

Nicht allgemein, aber in einer gewissen Anzahl von Bezirken machen sich folgende Beschwerden bemerkbar; der Mangel an Arbeiterwohnungen (besonders in Schottland, Wales, in den nordöstlichen, nordwestlichen und südwestlichen Grafschaften), die Einschränkungen des Alkoholauschankes (in den westlichen Mittelandsgraftschäften, teilweise auch in London usw.), die schließlich Arbeitserhöhung. Allgemein wird Einschränkung der Sonntags- und Ueberstundenarbeit auf ein Mindestmaß gewünscht. Die Arbeitszeit darf nicht Gelegenheit zur Erholung wie auch zu Vergnügungen ausschließen. Die Mehrzahl der Ursachen der gewerblichen Unruhen wurzelt nach der Angabe der Berichte in gewissen psychologischen Gründen, hauptsächlich im Mangel an Vertrauen, im Unwillen über die Ungleichheit der verlangten Opfer, in der Befürchtung eines Bruches freiwilliger, von der Regierung

gegebener Versprechen und in der Sorge über die Ungewissheit der wirtschaftlichen Zukunft. „Anforderungen auf Seiten Bayern sind ziemlich zahlreich“, laßt der Gesamtbericht.

Tiefen Uebelstände sollen nun die händigen Industriekräfte abheilen, über deren Einrichtung wir in unserer Nr. 63/64 bereits ausführlich berichtet haben. Sie sollen in erster Linie in den gut organisierten Gewerbezweigen zur Einführung gelangen; für die weniger gut organisierten sollen noch möglichst bald besondere Vorschläge gemacht werden. Es wird betont, daß die Vorbedingung für eine ständige Verbesserung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der gleichmäßigen Organisation beider Parteien liege. Die oben erwähnten Ausschüsse für Feststellung der Ursachen der gewerblichen Unruhen sind mit der Einrichtung der Industriekräfte einverstanden und haben insbesondere noch folgende Maßnahmen empfohlen:

1. Eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise ist sofort durchzuführen; die hieraus entstehenden Verluste der Erzeuger sollen bis zu einem gewissen Grade vom Staate getragen werden. Eine bessere Ordnung der Verteilung ist dringender nötig.
2. Die Grundzüge über Erhaltung von Industriekräften sind durchzuführen.
3. Alle Veränderungen zum Zwecke der Erhöhung der Ausbeute sollen nur durch Anordnung der Regierung erfolgen können.
4. Die Arbeiter sollen an den Angelegenheiten des Gemeinwesens als Teilhaber, nicht als Diener, teilnehmen.
5. Die Abschaffung der Abschleppschneide soll in umfassender Weise beantragt werden.
6. Die Regierung soll eine Erklärung bezüglich der Forderung gegebener Versprechungen abgeben.
7. Der Höchstlohn der Inaktiven, der gegenwärtig 20 M. beträgt, soll erhöht werden.
8. Eine Verbesserung des Arbeiterwohnungswezens ist sofort in Angriff zu nehmen.
9. Ausschüsse aus dem Stande der gelehrten Arbeiterchaft und anderen Angehörigen, die Loohnsöhne erhalten, sind Feuerungsjuryschüsse zu geben.
10. Zwischen Unternehmern und Arbeitern sind engere Beziehungen herzustellen.
11. Die Ausschüsse für Soldatenpensionen sollen größere Befugnisse in ihrer Behandlung der aus dem Decree Entlassenen haben.
12. Die Randarbeiterlöhne in Westengland, die gegenwärtig nur 14 bis 17 M. die Woche betragen, sollen auf 25 M. erhöht werden.
13. Farbige Arbeiter sollen in englischen Däfen nicht beschäftigt werden.
14. Vereinzelt wird eine höhere Besteuerung der großen Einnahmen empfohlen. Außerdem fordern alle Berichte, daß die Berufung der Arbeiter mit größter Raschheit vor sich gehen soll.

Der Kern dieser Forderungen ist die Erzielung eines Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter in den Fragen der britischen Industrie. Die britische Regierung hat, wie das schon die Forderung schneller Verichterstattung, die tatsächliche Bekämpfung dieser wie die sofortige Unterbreitung der Vorschläge an die Arbeiter- und Unternehmerverbände erkennen läßt, augenscheinlich allen Anlaß, das Band gemeinsamen Interesses von Arbeiterchaft und Unternehmerium für die Uebergangs- und Friedenszeit zu verstärken. Deutlich läßt ein Ausfluß im „Economist“ vom 7. Juli d. J. den Kern der Frage erkennen. Es wird dort ausgeführt, daß der Bericht des Untersuchungsusses, der die Industriekräfte in Vorschlag bringt, einen weiten Blick in die Möglichkeit künftiger Mitwirkung der Arbeiterchaft tun läßt, daß, wenn alle Vorschläge des Untersuchungsusses angenommen und im Geiste des Berichtes ausgeführt werden, nicht nur der gewerbliche Friede erblühen würde, sondern auch „den Arbeitern der

Platz an der Sonne gesichert sein wird“. Es befinden sich zwar seit Jahren, besonders in den hoch organisierten Gewerben wie Maschinen- und Schiffbau, gemeinsame Ausschüsse aus Unternehmer- und Gewerkschaftsvertretern zur Regelung der Lohnfragen und Arbeitsbedingungen, doch, obwohl sie im ganzen Gutes geleistet hätten, seien sie auf zu schmaler Grundlage aufgebaut gewesen. Die Vorschläge des Untersuchungsusses zielen jetzt, so wird im „Economist“ gesagt, auf eine völlige Demokratisierung der Industrie ab. Wenn es auch Offiziere im Wirtschaftskörper geben muß, so sollen in Zukunft die Arbeiter Seite an Seite mit ihnen für das gemeinsame Ziel, die künftige Wohlfahrt des Landes, und damit auch für die eigene Wohlfahrt arbeiten. Was die verdrochene Wiederherstellung der Gewerkschaftsbrände anbelangt, so könne diese nur auf Kosten der Güterzeugung geschehen. Jedermann wisse aber, und nicht zum wenigsten der Arbeiter, daß die für die Arbeiterchaft mit Recht erzielte Erhöhung der Lebenshaltung nur durch eine Steigerung der wirtschaftlichen Ausbeute erreicht werden könne. Eine solche Erhöhung der Erzeugung könne aber nicht erzielt werden, wenn die alte Lehre der beschränkten Erzeugung wieder zur Geltung komme. Nehmen aber Regierung und Unternehmer die Arbeiter gleichsam als Teilhaber in die Industrie herein und nicht die Arbeiterchaft an der Hand der Wirksamkeit der Industriekräfte, daß sie tatsächlich Teilhaber geworden sind, so können sie keine Einschränkung der wirtschaftlichen Ausbeute mehr wünschen, und die Arbeiter werden freiwillig auf Erfüllung der gegebenen Versprechen verzichten.

Schon bei anderer Gelegenheit haben wir gezeigt, daß ein einflußreicher Teil des englischen Unternehmertums von den Industriekräften nichts wissen will. Man fürchtet, daß damit die Macht der Arbeiterorganisationen gar zu sehr wächst, daß die gesamte Industrie den Industriekräften „mit gebundenen Händen ausgeliefert werden“ könnte. Ob der aus diesen Kreisen kommende Widerstand Erfolg haben wird, erscheint zunächst wenigstens sehr zweifelhaft. Die englische Regierung befindet sich in einer Zwangslage und wird, auch mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Entwicklung nach dem Kriege der Einführung der Industriekräfte keine Schwierigkeiten machen. Das würde in sozialer Beziehung ein gewaltiger Fortschritt sein. Will das Deutsche Reich den Ruhm, an der Spitze der Nationen in sozialen Reformen zu marschieren, weiter für sich in Anspruch nehmen, dann muß es ebenfalls dafür sorgen, daß der Arbeiterchaft weitere Zugeständnisse gemacht werden, daß ihre Gleichberechtigung zur Tatsache wird und endlich die auch vom letzten Reichskanzler als notwendig erkannte Reform des Arbeitsrechts alsbald zur Durchführung gelangt.

Partei und Gewerkschaften.

Es war vorauszu sehen, daß die Abspaltung der Unabhängigen von der Sozialdemokratie nicht ohne Rückwirkung auf die Gewerkschaftsbewegung bleiben würde. In Braunschweig und Leipzig, wo die Uebertraditionen in unerfährlicher Reinkultur gedeihen, hat man bereits die „Konsequenzen“ aus der Spaltung der Partei für die Gewerkschaften gezogen. In Leipzig soll — wir geben im folgenden die Ausführungen des „Korrespondent“ der Buchdrucker wieder — die Gewerkschaftsverbände nun ihre „Krönung“ finden durch Gründung eines „Unabhängigen Gewerkschaftskartells“, dem alsbald die Einrichtung eines „Unabhängigen Arbeitersekretariats“ folgen wird. Am 1. Oktober

haben die Funktionäre verschiedener aus dem Leipziger Gewerkschaftskartell ausgetretener Organisationen — also nicht sämtliche von den abgeordneten sieben — für gut befunden, die Zersplitterung der Leipziger Arbeiterkraft vollständig zu machen. Demgemäß rief nun eine namenlose Kommission die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen auf, in ihren Organen zur Gründung eines zweiten Kartells Stellung zu nehmen. Dieser Schritt unheilvoller Berranntheit übertrifft nicht, nachdem man im August in den erweiterten Kartellversammlungen von den Vorsitzern der ausgetretenen Gewerkschaften den Zweck der Lösung mit einer Skrupellosigkeit aussprechen hörte, als wäre das höhere Ziel der Arbeiterbewegung nur noch die Zersplitterung und Selbstzerfleischung. Ja, einer dieser Gewerkschaftsleiter — bezeichneterweise war es ein Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ als Metallarbeitervertreter — erklärte mit der größten Ungeniertheit, daß die Arbeitersekretäre und soundsoviel Gewerkschaftsvorsitzende von ihren Posten entfernt werden müßten. Die neuentdeckte „General-Kommissionspolitik“ ist nur eine Verbrämung für den politischen Untergrund des ganzen Streites: die Spaltung der Sozialdemokratie. In Leipzig ist die unabhängige Richtung oben auf und verlangt nun mit einem nur an der Pleiße möglichen Terrorismus, daß alle nach dieser Weise tanzt. Die Leitung der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei in Leipzig hat sogar feierlich dekretiert, daß die Mitglieder der alten Partei als „Gegner der Klassenbewußten Arbeiterschaft“ anzusehen sind, und daß in gemeinsame Ausschüsse mit dem Kartell dieses nur Mitglieder der Unabhängigen Partei delegieren dürfe. Eine solche Annäherung hat der Kartellvorstand entschieden zurückgewiesen und mit Recht erklärt, daß das Kartell seinem Statut und seiner Praxis gemäß sich nicht darum kümmern darf, ob und wo die Mitglieder der ihm angeschlossenen Gewerkschaften politisch organisiert sind und wen diese mit ihrer Vertretung im Kartell betrauen. Schon in den Augustversammlungen war den Verfechtern der Politisierung des Kartells kräftig bedeutet worden, daß die Parteipolitik auch weiter ferngehalten werden müsse. Demgemäß würde ein Zusammenwirken zwischen beiderseitigen Vertretern bei bestimmten Einrichtungen für die Allgemeinheit der Leipziger Arbeiter nicht mehr möglich sein, nachdem von der andern Seite der Gehalt der Unabhängigen aufgerichtet worden ist. Er soll nach dem jetzigen Anruf aber nun auf der ganzen gewerkschaftlichen Linie respektiert werden. Die drei Kartellversammlungen im August haben nach hitzigen Debatten, die auf der Seite der Ultras eine schreckliche gewerkschaftliche Unreife wie blinde Gefolgschaft der „A. B.“ erkennen ließen, einen Ausgang gehabt, daß die gewerkschaftlichen „Neuorientierten“ in der Minderheit blieben. Es wäre aber besser gewesen, man hätte ihrem Begehren stattgegeben und noch ein viertes Turnier veranstaltet. Dann wären nach den Eintragungen in die Rednerliste nur noch Kartellanhänger zum Worte gekommen und das Ende wäre eine schwere Niederlage der Volkszeitungsleute gewesen. Inzwischen haben weitere Treiber zum Austritt aus dem Kartell stattgefunden. In einer großen Organisation hat man sogar die Namen von Mitgliedern zur Einberufung einer Versammlung gemißbraucht, die davon gar nichts wissen wollen. Einer der Unterzeichner war sogar im Felde gefallen! So wird mit allen Mitteln gearbeitet. Einige Gewerkschaften haben seitdem den Austritt gegen wenige Stimmen abgelehnt. Die Abstimmungen sonst erfolgten zumeist in schlechtbesuchten Versammlungen. Am schlimmsten sah es bei den Metallarbeitern aus, die im April den Reigen eröffneten; hier soll nur ein knappes halbes hundert Mitglieder für den Austritt gestimmt haben. Bei etwa 7000 Mitgliedern ist das eine ganz wunderbare Demokratie. Daß zwei Mitglieder der Metallarbeiterorganisation Redakteure an der „A. B.“ sind, erklärt vieles.

Es wird weiter im „Korrespondent“ angedeutet, daß man bereits den „kommenden Mann als richtigstehender Arbeitersekretär“ ausersuchen hat, der die bisherigen Beamten ablösen soll, die sich der Gesinnungsrechnung nicht unterwerfen wollen. Fürwahr ein erbauliches Bild für Scharfmacher! Wir stehen gewiß nicht im Verdacht, die Sache der freien Gewerkschaften fördern zu wollen, aber die Vorgänge in Leipzig sind leider nur zu sehr geeignet, die Achtung vor der Arbeiterbewegung zu schmälern. Das sind die Folgen, wenn man die Politik in die Arbeiterorganisationen hineinträgt.

Bäuerliche Erzeugergenossenschaften und städtische Verbrauchergenossenschaften.

Der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit, der da befaßt, daß mit dem geringsten Aufwand an Kraft die höchst mögliche Leistung erzielt werden soll, muß nach dem Kriege mehr als jemals unserem Wirtschaftsleben seinen Stempel aufdrücken. Im Gebiete der Gütererzeugung wird deshalb verlangt, daß alle Betriebe technisch und organisatorisch auf der Höhe sind, damit der Ertrag der menschlichen, tierischen und maschinellen Arbeitskraft aufs höchste gesteigert wird. Leider läßt gerade die deutsche Landwirtschaft in dieser Beziehung noch viel zu wünschen übrig, was uns der Weltkrieg deutlich gelehrt hat. Es herrscht vielfach noch ein arger Schandrian und eine große Zersplittertheit, und es wird notwendig sein, die landwirtschaftliche Betriebsweise mit Hilfe besserer Arbeitsmethoden, vollkommenerer Hilfsmittel und vor allen Dingen durch eine einheitliche Zusammenfassung aller Einzelkräfte auf eine höhere Stufe der Entwicklung zu heben. Hier werden die bäuerlichen Genossenschaften noch ungemein segensreich zu wirken vermögen, und bei zielbewusster Leitung und bei gutem Willen der Mitglieder werden sie imstande sein, die ihrer noch wartenden Aufgaben zum Segen unseres gesamten Volkes zu erfüllen. Im Gebiete der Güterverteilung wird immer dringender die Forderung erhoben, daß jede Kräftezersplitterung und Kräftevergeudung vermieden und das Veranbringen der Waren an die Verbraucher vereinfacht und vereinheitlicht werden muß. Auch hier hat der Weltkrieg mit seinem Wirrwarr auf dem Warenmarkt vielen Leuten die Augen geöffnet und ihnen die Notwendigkeit einer konsumgenossenschaftlichen Organisation klargemacht.

Aber es genügt nicht, die Gütererzeugung und die Güterverteilung mit dem Geiste der Organisation und der Wirtschaftlichkeit zu erfüllen, es kommt auch darauf an, den Weg abzukürzen, der vom Erzeuger zum Verbraucher führt. Es gilt, alle überflüssigen, schwarzerbarten Zwischengewächse auszusalten und eine unmittelbare Verbindung herzustellen zwischen Erzeugern und Verbrauchern, wodurch das beiderseitige Interesse aufs beste gewahrt wird. Aus diesem Grunde ist ein reger, direkter Verkehr zwischen bäuerlichen Erzeuger- und städtischen Verbrauchergenossenschaften eine unabweißbare Notwendigkeit. Ein Austausch der Bedarfsgegenstände ohne Vermittlung des Zwischenhandels wird beiden Teilen große Vorteile bringen, weil der Zwischenhandel dann nicht mehr die Möglichkeit besitzt, den Rahmen von der Milch abzuschöpfen und die Preise in unsinniger Weise zu verteuern. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften beziehen für ihre Erzeugnisse anständige Preise, und die städtischen Genossenschaften kaufen zu anständigen Preisen. So ist beiden Teilen gedient. Ein Hand-in-Hand-Arbeiten dieser großen entwicklungsfähigen Organisationen wird zweifellos, viel dazu beitragen, den Gegensatz zwischen Stadt und Land zu mildern und die gespannte Stimmung zwischen Stadt- und Landbewohnern zu beseitigen, was uns nach dem Kriege unbestreitbar sehr nützlich, da ein einiger, auf ein gemeinsames Ziel gerichteter Wille des gesamten Volkes eine der wichtigsten Vorbedingungen unseres wirtschaftlichen Wiederaufbaues ist.

Die Notwendigkeit einer organischen Verbindung zwischen Stadt und Land durch einen unmittelbaren Verkehr der ländlichen und städtischen Genossenschaften untereinander wird in immer weiteren Kreisen erkannt und anerkannt. Hervorragende Führer der deutschen Landwirte haben zu wiederholten Malen erklärt, daß dem Kampfe zwischen Erzeugern und Verbrauchern ein Ende gemacht werden müsse. Es müsse ein Ausgleich geschaffen werden zwischen den berechtigten Interessen der Landleute und der Stadtbewohner wozu die Ausschaltung der schwarzerbarten Zwischenhändler beitragen könne. Auf einer Konferenz für krisenwirtschaftliche Aufklärung, die vor kurzem in Karlsruhe stattfand, erklärte der Führer der badischen Bauernvereine und der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung in Baden, Oekonomierat S ä n g e r, ein planmäßiges Hand-in-Hand-Arbeiten der ländlichen Verkaufsgenossenschaften und der städtischen Konsumvereine sei in der künftigen Friedenszeit unbedingt erforderlich. Diese Erklärung fand den ungeteilten Beifall der zahlreichen Zuhörer aus Bauern- und Arbeiterkreisen. Offenbar besteht eine starke Strömung, die dieser Auffassung günstig ist; es kommt nur darauf an, diese Erkenntnis und diese Stimmung in die Tat umzusetzen. Nach dem Kriege ist ein Zusammenfassen aller Kräfte auf wirtschaftlichem,

sozialem und kulturellem Gebiet unbedingt nötig, und dies Zusammenfassen zu fördern, ist die Genossenschaftsbewegung in erster Linie berufen und geeignet.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 12. Oktober 1917.

Unter **Verbandsvorsitzender im Großen Hauptquartier**, auf Anregung des Kriegsausschusses finden zur Zeit zwischen der Obersten Seeresichtung und einer Reihe von Arbeiter- und Angestelltenführern Besprechungen statt. Am 4. Oktober wurde unser Verbandsvorsitzender, Kollege S a r t m a n n, zusammen mit Dr. S ü f e l e, dem Direktor des Deutschen Technikerverbandes von Hindenburg und Ludendorff empfangen. An der ausgiebigen Unterredung bot sich jede Gelegenheit, die Wünsche und Beschwerden der Arbeiter zum Ausdruck zu bringen.

Der **Gewerkverein der Fabrik- und Handarbeiter** beruft, gemäß einem Hauptvorstandsbeschluss, seinen Delegiertentag mit anschließender Generalversammlung der Kranken- und Begräbniskasse zu Ostern 1918 nach Berlin ein. Ursprünglich bestand überhaupt nicht die Absicht, während des Krieges einen Delegiertentag abzuhalten. 9000 Mitglieder des Gewerkvereins stehen im Felde, darunter manche, deren Teilnahme an der höchsten Tagung der Organisation erwünscht und wichtig gewesen wäre. Gleichzeitig war der Gedanke maßgebend, daß sich mit Ende des Krieges Verhältnisse entwickeln könnten, die besondere Beschlüsse nach dieser oder jener Richtung notwendig machen könnten. Indessen der Gang der Dinge und ein Bescheid des Kaiserlichen Aufsichtsamtes für Privatversicherung machen die Einberufung der Tagung schon zu Ostern 1918 notwendig. Möge sie, wie andere Gewerkeveranstaltungen ähnlicher Art während des Krieges, einen recht ersprießlichen Verlauf nehmen und zur Stärkung nicht nur des Gewerkevereins der Fabrik- und Handarbeiter, sondern unserer gesamten Bewegung beitragen.

Wohnungsreformfrage. Eine große Rundgebung aus Anlass der Wohnungsreform wird der Deutsche Wohnungsausschuss, in dem fast sämtliche einschlägigen großen Zentralorganisationen Deutschlands vertreten sind, am 30. Oktober in Berlin veranstalten. Die drohende Gestalt der Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt, die Verzögerung der preussischen Wohnungsreformgesetze und die dringende Notwendigkeit, in der Wohnungsfrage nunmehr zu größeren Ergebnissen zu kommen, machen eine stärkere Beschäftigung der Öffentlichkeit mit diesen Dingen unbedingt erforderlich. In der Rundgebung soll insbesondere für eine Reihe wichtiger wohnungsreformgesetzlicher Bestimmungen der eben erwähnten Gesetzgebung eingetreten werden. Nähere Auskunft erteilt der oben genannte Ausschuss: Berlin-Schöneberg, Neue Steinmetzstraße 4.

Ämtliche Bestätigung des drohenden Kleinwohnungsmangels. Der „Reichsanzeiger“ schrieb kürzlich an hervorragender Stelle:

„Es wird damit gerechnet werden müssen, daß nach dem Kriege in einer Reihe von Städten und Industrievierteln ein Mangel an Wohnungen, namentlich an Kleinwohnungen eintritt werden wird. Da in der Übergangszeit die Verteilungskosten für Wohnungsbau noch sehr hoch sind und überdies die nötigen Doppelverhältnisse zu vorteilhaftesten Bedingungen kaum zu haben sein werden, ist nicht zu erwarten, daß die private Bauwirtschaft den Wohnungsmangel ohne weiteres wird beheben können. Das Reichsamt des Innern hat deshalb bei den Bundesregierungen eine Prüfung der Frage angetragt, durch welche Hilfsmittel die Erbauung neuer Wohngebäude in der Übergangszeit gefördert werden kann.“

Das ist sehr verständlich. Soffentlich dauert aber die „Prüfung der Frage“ nicht so lange, daß die Hilfsmittel nachher zu spät kommen!

Der **Nutzen der Organisation für die Arbeiter** wird recht deutlich erwiesen durch den Verlauf einer Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss in Oldenburg II, über die der „Fabrik- und Handarbeiter“ folgendes berichtet: Ein Schlosser klagte wegen Verweigerung des Arbeitslohnes, weil er anderswo einen höheren Lohn verdienen konnte, und wies bei dieser Gelegenheit daraufhin, daß auch die Maurer höhere Löhne hätten. Der Vertreter der „Gute Hoffnungsbrille“ lebte die Lohn-

abr
ab:
Durch
unser
darum
Wort
fung
Schle
habe,
„Nan
hätte
bedin

die
a r
Ent
wir
stel
Rei
best
am
stär
sch
des
ein

anprüche seines Schlossers mit der Begründung ab: „Die Maurer sind organisiert und haben dadurch ihre Tarife mit den festgelegten Löhnen; unsere Schlosser sind nicht organisiert und können darum solche Löhne nicht haben.“ Als dann der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses die Bemerkung machte, daß doch die Lohnforderung des Schlossers mit der Organisation gar nichts zu tun habe, erklärte der Unternehmervertreter treffend: „Nawohl, wären die Maurer nicht so organisiert, hätten sie auch die Löhne nicht.“

Für den Arbeitgebervertreter ist also die Vorbedingung für die Gewährung höherer Löhne die

Zugehörigkeit zu einer Organisation. Diesen Fall möge man den Indifferenten, die nichts vom Zusammenhänge mit ihren Standesgenossen wissen wollen, immer und immer wieder vor Augen führen. Schließlich muß auch der Blödeste erkennen, daß ohne Organisation keine Verbesserung der sozialen Verhältnisse möglich ist.

Eine Neuorganisation der Uebergangswirtschaft soll nach einer halbamtlichen Mitteilung vorgenommen werden. Bekanntlich wurde durch Bundesratsverordnung vom August d. Js. ein Reichskommissariat für Ueber-

gangswirtschaft geschaffen, das aus einem Reichskommissar, einem Stellvertreter und einer Reihe von ständigen Mitarbeitern aus den Kreisen der Industrie, der Landwirtschaft, der Meereserei, des Handels und des Bankwesens besteht. Daneben wurde ein Beirat eingerichtet, in den etwa 300 Sachverständige aus allen Kreisen unseres Wirtschaftslebens, darunter unser Kollege Hartmann, berufen sind. Nachdem nun inzwischen die Errichtung eines Reichswirtschaftsamts beschlossen ist, liegt angeleglich kein Anlaß mehr vor, die Fragen der Uebergangswirtschaft von einem besonderen Reichskommissariat bearbeiten zu lassen. Aus

Für die Zeichnung der Kriegsanleihe ist es jetzt die höchste Zeit!



Go
wird der
Friede
erreicht

◆

Der nächste
Baustein
zum Frieden
sei der Erfolg
der Kriegs-
Anleihe

◆

Darum
zeichne!

Je mehr kleine Spärer — umso größer der Erfolg der Kriegsanleihe!

diesem Grunde haben die ständigen Mitarbeiter des Reichskommissars einstimmig den Entschluß gefaßt, dem künftigen Leiter des Reichswirtschaftsamts ihre Mauter zur Verfügung zu stellen, um ihm die Möglichkeit zu geben, das Reichswirtschaftsamt völlig unabhängig von der bestehenden Organisation zu gestalten. Das Reichskommissariat wird in das Reichswirtschaftsamt eingegliedert werden, und zwar nicht als selbständige Abteilung, sondern es wird eine Verschmelzung mit der wirtschaftspolitischen Abteilung des neuen Reichsamts stattfinden, wodurch man eine einheitliche Bearbeitung aller Fragen der

Kriegs-, Uebergangs- und Friedenswirtschaft zu erreichen hofft.

Die Einführung von Manowellen und Zwangsartellen wird neuerdings in interessierten Kreisen lebhaft erörtert, obgleich über die Frage, ob und in welchem Umfange die Regierung zur Deckung ihres starken Geldbedarfs zu diesem Mittel greifen wird, noch völliges Dunkel herrscht. Die Angelegenheit ist wichtig genug, daß man ihr sein volles Augenmerk zuwendet, denn sie wird voraussichtlich in der nächsten Zeit noch mehr Gegenstand der öffentlichen Erörterung sein. Deshalb sei hier die

Stellung der Düsseldorfer Handelskammer angegeben, die in folgender Erklärung zum Ausdruck gebracht wird:

„Mit großer Besorgnis bemerkt die Handelskammer zu Düsseldorf, daß immer wieder Industrien nach Zwangsliquidierung und dem Verbot neuer Industrieergründungen rufen und das Reich umfassende Pläne vorbereitet, um große Industriezweige und die Umsätze wichtiger Rohstoffe durch Monopole in die Hand des Staates zu bringen. Der Wunsch nach Zwangsliquidierung mag dem Standpunkte der augenblicklichen Möglichkeit für einzelne entsprechen, die Allgemeinheit der Gewerbe, wie sie von einer Handelskammer vertreten wird, muß sich aber entschieden gegen

jeden Versuch warden, wichtige Teile der Industrie durch zünftige Bindungen oder durch Aufsichtserhaltung der durch den Krieg oder die Lebensgefahr...

Durch Zwangsartikelle wird wenigstens grundsätzlich der private Betrieb der Industrie in der Form der Einzelunternehmung und damit der Wettbewerb...

Die Verdrängung des Wirtschaftens, die die Folge ansehnlicher Monopolisierung sein muß, wird verhängt durch die Verdrängung wichtiger Handelgruppen aus dem Kreis der Monopolwirtschaft...

Das starke Ueberwiegen der weiblichen Arbeitskraft in der Tabakindustrie zeigt eine Erhebung, die kürzlich im Bereich des 14. Armeekorps (Baden) und der äußerste Teil des Oberrheins vorgenommen worden ist...

Säuglingskaut. In allen Straßen Berlins wurde gesammelt. Diesmal für die Säuglinge. Die Mittel sind sicherlich nötig. Aber auch wenn die Sammlung reichlich war, ist das Ergebnis ein Tropfen auf den heißen Stein...

Es ist ja so selbstverständlich. In der engen Mietskammer, vielleicht hinten im Hofe, wo kein Licht hinkommt, entsteht in den Sommermonaten, wo die Linie der Säuglingssterblichkeit alljährlich hinaufflämmt, eine dumpfige Luft und eine übermäßige Temperatur...

Da soll die Wohltätigkeit helfen! Aber die Wohltätigkeit hilft bestenfalls stückweise. Um das ganze Uebel zu beseitigen, müssen die Grundlagen des Verderbs abgebrochen werden.

ihrem Erwerb für die Gewinnung eines Raumes zum Schlafen, eines Stückchen Bodenfläche zum Leben ohne Gegenleistung steuern muß.

Wenn man das kindermordende Hinterhaus befreit, wenn man gemeinnützige Gartenfläche mit dem Enteignungsrecht für brauchbare Bodenflächen ausstättet, wenn man wenigstens die Lebensmittelfabrikation in Reichsbetrieb nimmt...

Ämtlicher Teil.

Quittung über eingelangte Beiträge für die Verbands- und Organisations im 3. Quartal 1917. Biltbauer: Hauptkasse Mk. 35,13. Eisenbahner (Breslau): Hauptkasse 50,00. Fabrik- u. Handarbeiter: Hauptkasse 1800,27. Frauen und Mädchen: Hauptkasse 133,29. Gemeindefreier: Hauptkasse 33,04. Holzarbeiter: Hauptkasse 338,10. Kellner: Hauptkasse 35,00. Maler, Lackierer etc.: Hauptkasse 110,07. Maschinenbau- und Metallarbeiter: Hauptkasse 5124,63. Schneider: Hauptkasse 577,38. Schuhmacher und Lederarbeiter: Hauptkasse 865,80. Textilarbeiter: Hauptkasse 322,83. Töpfer: Hauptkasse 209,19. Brauer: Preussa 13,80. Brunkart a. M. 6,50. Götlich 1,26. Lohm 2,22. Magdeburg 15,60. Rühlert 0,27. Privat: Bremen 600,00. Dr. Jakobus-Breslau 0,93. Elm. Walter-Berlin 1,60. Förgelwerg Leipzig 13,30. Verteilte Trudsfachen 40,25. Summa Mark 10 350,76. Berlin, den 10. Oktober 1917. A. Klein, Verbandskassierer.

Begründung des Verbandes der Deutschen Gewerbetreibenden (D.G.V.) Quittung über eingelangte Beiträge im Monat September 1917. Hausbauwerker: Königsberg Mk. 1,68. Maler, Lackierer etc.: Halle 22,35. Scharbrücken 3,90. Bergmann: Wagner-Oberhausen 2,16. Schneider: Berga 24,70. Schuhmacher u. Lederarb.: Berlin I 1,20. Böden III 9,75. Zeis 1,95. Brecht-Schneider Br. 1174 1,98. Textilarbeiter: Bad Sulza 15,47. Eintracht 10,34. Töpfer: Rühlert 2,83. 2. Ortsverbände: Erlangen 20,78. Sabnau 44,07. Nürnberg 22,75. Summa Mark 188,42. Berlin, den 2. Oktober 1917. A. Klein, Hauptkassierer.

Aus dem Verbands.

Berlin. Die 588. Veranstaltung des Vereins für Volkswirtschaftslehre findet am Sonntag den 14. Oktober, abends 7 Uhr im Bürgerhaus des Rathauses statt. Mitwirkende sind: Fräulein Alice Kassirer, Selma, Fräulein Friedel Sinke, Deutsche Dichtungen, Frau Elsa Jonas-Sodenhäuser, Klavier.

Uebel. Nachdem bereits vor einiger Zeit von den hiesigen Unternehmern die Verkürzung der Arbeitszeit auf wöchentlich 33 Stunden und entsprechende Lohnerböhung erreicht wurde, stellte der Arbeiterverschlag der Firma Franz Richter, Eisenfabrik und landwirtschaftliche Maschinenfabrik Uebel, im September im Auftrage der Arbeiterkammer an die Betriebsleitung Anträge auf Lohnerböhung, da dieser Betrieb schon mehrere Jahre die 33stündige Arbeitszeit führt. Schon nach Aufstufung des Hilfsdienstes und nachdem der Arbeiterverschlag nach dem Gesetz gewährt worden war, wurden im April d. J. eine Lohnerböhung beantragt und eine solche von 10 Prozent auf einzelne Arbeiterklasse bis zu 30 Prozent erzielt. Die im September eingereichten Anträge forderten eine Aufbesserung der Lohn- und Mehrlohn von 15 Prozent und eine weitere Erhöhung der bereits im vorigen Jahr gewährten Teuerungszulage. Erzielt wurde folgendes Resultat: 1. Der Teuerungszuschlag auf die 19. September 1917 an erhöht und war: für verheiratete Arbeiter auf 6 Mk. die Woche (vorher 5 Mk.), für ledige Arbeiter und Arbeiterinnen mit eigenem Haushalt die Woche 4 Mk. (letztmals vorher 1,50 Mk.), für Arbeiterinnen ohne eigenen Haushalt, jugendliche Arbeiter und Lehrlinge auf 2 Mk. (vorher 1,50 Mk.). Der Teuerungszuschlag wird voll ausgeschüttet, wenn nicht mehr als ein halber Tag in der Lohnperiode entzündigt verfallen worden ist; andernfalls fällt der Zuschlag für die betreffenden Tage weg. Die gesetzlichen Teuerungszulagen an Wochenlöhnen sowie die halben Tage vor Weihnachten und Pfingsten und die Adventurlage werden nicht in Abzug gebracht. 2. Lohnerböhung von 2 O. 11. 1917 ab: Arbeiter unter Zugrundelegung der Friedenslöhne werden um weitere 10 bis 20 Prozent (auf die bereits im April 1917 erhöhten) erhöht. Stundenlöhne werden erhöht:

gelernte Arbeiter um 10 Pfg. die Stunde (am 16. April 1917 ebenfalls 10 Pfg.), ungelernete Arbeiter 6-8 Pfg. die Stunde (am April 6 Pfg.), weibliche Arbeiter und Jugendlöhne bis 18 Jahr 3-5 Pfg. die Stunde (im April 3 Pfg.).

Der vom Arbeiterverschlag wiederum erstellte Erfolgsbericht eine Lohnaufbesserung von gegen 120 000 Mark im Jahr, da gegen 100 Arbeiter hierbei in Frage kommen. Wächst der Arbeiter sollte es nun sein, sich der Organisation anzuschließen, soweit sie nicht schon organisiert sind. Denn nur dadurch, daß der Arbeiterverschlag aus je 5 Vertretern, welche den Gewerkschaften und den freien Gewerkschaften angehören, besteht, ist es möglich gewesen, auch diese Lohnbewegung wieder sachgemäß und erfolgreich zu führen. A. K.

Wanne. Unser Ortsverband hielt am 7. Oktober eine kombinierte Sitzung ab, die gut besucht war. Von einem Vertreter der Bergarbeiterabteilung wurde über stattgefundene Konferenzen im Handwerksministerium, Arbeitsernährungsamt und Kriegsamt berichtet. Die Vertreter der vier Bergarbeiterverbände saßen dort die Wünsche und Beschwerden der Bergarbeiter vorzutragen. Im Handwerksministerium wurde besonders die Lohnfrage erörtert. Der Herr Landesminister habe die Notwendigkeit weiterer Lohnerböhung ohne weiteres anerkannt, jedoch solche für die künftigen Wochen erst nach vorzunehmenden Marktpreisermäßigungen in Aussicht gestellt. Im Kriegsernährungsamt seien die Wünsche der Bergarbeiter betr. der Ernährungsfragen zur Sprache gekommen, besonders die Kartoffel- und Brotversorgung und deren Preisgestaltung. Es wurde betont, daß die Kartoffelration von 7 Pfund pro Kopf und Woche nicht genüge; sie müsse mindestens 10 Pfund betragen. Der Herr Staatssekretär habe Prüfung und künstliche Verdrickung der vorzutragenden Wünsche zugesagt. Im Kriegsamt seien Wünsche und Beschwerden vorzutragen worden, die sich aus der Aushebung des Hilfsdienstes ergeben haben. Besonders wurde gewünscht, daß den Bergarbeitern das Abfeuern von einer Grube zu andern erleichtert wird. Auch das Kriegsamt habe Prüfung und mögliche Abhilfe versprochen.

Des ferneren wurde in der Sitzung die politische Betätigung der Gewerkschafter erörtert. Es wurde besonders hervorgehoben, daß die Mitglieder sich mehr als bisher in den politischen Parteien betätigen müßten. Dann wurden Lehre auch noch mehr Rücksicht auf die Fortreibungen der Gewerkschafter nehmen.

A. Klein, Schriftführer.

Veranstaltungen.

Berlin. Distriktsrat der Deutschen Gewerkschafter. Verbandsrat der Deutschen Gewerkschafter (D.G.V.). Jeden 1. Mittwoch im Monat. Nächste Zusammenkunft am Mittwoch, 7. Nov. ab. 8 1/2 Uhr. - Arbeiterverschlagverein Groß-Berlin (Ortsk. II D.G.V.) Sitzung jeden 2. u. 4. Dienstag im Monat, abends 8 Uhr, im Sportrestaurant, Dierichstraße 1. Die beiden anderen Dienstag Sitzung, Lüchowstraße 93 bei Geracht. - Sonnabend, den 13. Oktober 1917. Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin III. Abends 8-10 Uhr Zahlabend im Nordwest-Kaffeehaus, Alt-Moabit 55. Kranen-Unterstützungen werden bis auf weiteres nur in den Verammlungen und Zahlabenden gesammelt. - Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin V. Abends 8 1/2 Uhr bei Kamp, Stalischerstr. 126. Regulatorporto.

Veränderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis. Magdeburg (Gewerkschafter der Hausbauwerker). A. Rudert, Vorsitzender, Magdeburg-N., Ankerstr. 11.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren. Neuere Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Küßendorf erfolgt nicht. Das Versicherungsgesetz für Angestellte unter Berücksichtigung der Bundesratsbeschimmungen über seine Ausföhrung mit Einschluß der durch den Krieg verursachten besonderen Bestimmungen. Zweite erweiterte Auflage. Preis 60 Pfg. Verlag und Druck von Fretschel u. Koenen, Essen. Die Wohnungsfrage vor und nach dem Kriege. Aufsätze und Vorträge zur Wohnungsfrage. Neue Folge von Carl Johannes Fuchs. Preis gebunden 4 Mk. Verlag von Duncker u. Humblot, Leipzig, Dresden, Straßburg 17. Gartenunterricht. 10 Lefte über Gemüsebau, Gartenbau und Verordnungen. 8. Heberwintierung, 9. Schädlings, 10. Insekten und Arbeitstafelender. Mit zahlreichen Abbildungen. Volksvereins-Verlag G. m. b. H. Aufgaben der deutschen Gemeindepolitik nach dem Kriege. (Beschäftigungs- und Verwaltungsfragen, Finanzwesen, Armen- und Weisenspflege, Arbeitslosenfrage, Schul- und Bildungswesen.) Von Paul Dirich, Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 114. Die Aufgaben der Arbeiterkammer nach dem Kriege in Glas-Bohrungen. Von Dr. Kurt Klum, Straßburg i. Elz. Preis 50 Pfg. Verlagbuchhandlung Rudolf Weist, Straßburg i. Elz. Eine Landes-Arbeitsnachweis-Ordnung für Glas-Bohrerinnen. Von Dr. Kurt Klum, Straßburg, Preis 1 Mk. Verlagbuchhandlung Rudolf Weist, Straßburg i. Elz.